

Amtliches Mitteilungsblatt



Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Promotionsordnung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

Herausgeber: Der Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6, 10099 Berlin

Nr. 80 / 2007

Satz und Vertrieb: Referat Öffentlichkeitsarbeit

16. Jahrgang / 17 . Oktober 2007

Promotionsordnung

der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

Gemäß § 17 Abs. 1 Ziffer 1 Verfassung der Humboldt-Universität zu Berlin (Amtliches Mitteilungsblatt der HU Nr. 28/2006) hat der erweiterte Fakultätsrat der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin am 2007 folgende Promotionsordnung für das Fach Wirtschaftswissenschaften beschlossen.¹

I. Allgemeines

- § 1 Doktorgrad
- § 2 Doktorexamen
- § 3 Promotionsrat
- § 4 Rechtsbehelfsbelehrung
- § 5 Anmeldung als Promotionsstudent bzw. Promotionsstudentin

II. Zulassung zum Doktorexamen, Rücktritt

- § 6 Voraussetzungen für die Zulassung zum Doktorexamen
- § 7 Zulassungsvoraussetzung von Absolventen oder Absolventinnen ausländischer Hochschulen
- § 8 Zulassungsvoraussetzung von Absolventen oder Absolventinnen anderer Studiengänge
- § 9 Zulassungsvoraussetzung von Fachhochschulabsolventen oder –absolventinnen
- § 10 Zulassung zum Doktorexamen
- § 11 Rücktritt vom Doktorexamen

III. Dissertation

- § 12 Bearbeitung und Betreuung der Dissertation
- § 13 Formale Anforderungen an die Dissertation
- § 14 Begutachtung der Dissertation
- § 15 Promotionskommission
- § 16 Beteiligung des Promotionsrates

IV. Kolloquium

- § 17 Einladung zum Kolloquium
- § 18 Durchführung des Kolloquiums

V. Abschluss des Verfahrens

- § 19 Abschluss des Doktorexamens
- § 20 Wiederholung des Doktorexamens
- § 21 Verpflichtung zur Veröffentlichung der Dissertation
- § 22 Ablieferungsfrist
- § 23 Promotion
- § 24 Ungültigkeit des Doktorexamens, Aberkennung des Doktorgrades

VI. Sonstige Promotionen

- § 25 Promotionsprogramme
- § 26 Ehrenpromotion

VII. Schlussbestimmung

- § 27 Inkrafttreten

- Anlage 1 Muster für das Titelblatt der Dissertation
- Anlage 2 Muster für das Zwischenzeugnis
- Anlage 3 Muster für die Promotionsurkunde
- Anlage 4 Muster einer Urkunde für eine Promotion im Rahmen eines gemeinsamen Betreuungsverfahrens (Thèse de co-tutelle)

I. ALLGEMEINES

§ 1 Doktorgrad

(1) Auf Grund eines bestandenen Doktorexamens verleiht die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät den Grad eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft (Dr. rer. pol.).

(2) Auf Grund hervorragender wissenschaftlicher Leistungen verleiht die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät den Grad eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften ehrenhalber (Dr. rer. pol. h.c.).

§ 2 Doktorexamen

Das Doktorexamen dient dem Nachweis der Befähigung zu vertiefter wissenschaftlicher Arbeit. Es besteht aus einer wirtschaftswissenschaftlichen Dissertation (§§ 12-16) und einer mündlichen Prüfung (Kolloquium) (§§ 17, 18).

§ 3 Promotionsrat

(1) Die Organisation des Doktorexamens und die sonstigen durch diese Ordnung zugewiesenen Aufgaben obliegen nach Maßgabe dieser Ordnung dem Dekan oder der Dekanin und dem Promotionsrat der Fakultät.

(2) Der Promotionsrat besteht aus sieben hauptberuflichen Hochschullehrer/innen, die vom Fakultätsrat gewählt werden. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre, eine Wiederwahl ist möglich.

(3) Auf Beschluss des Promotionsrates können akademische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Fakultät sowie Hochschullehrer/innen an anderen Fakultäten sowie an anderen wissenschaftlichen Hochschulen von Fall zu Fall zum Doktorexamen hinzugezogen werden.

(4) Vorsitzende/r des Promotionsrates ist der Dekan oder die Dekanin.

§ 4 Rechtsbehelfsbelehrung

Belastende Entscheidungen des Dekans oder der Dekanin, des Promotionsrates oder einer Promotionskommission sind dem Kandidaten oder der Kandidatin unverzüglich

¹ Diese Promotionsordnung wurde am 19.9.2007 von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung bestätigt.

lich schriftlich mitzuteilen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 5 Anmeldung als Promotionsstudent bzw. Promotionsstudentin

(1) Vor Aufnahme der Bearbeitung des Promotionsthemas ist schriftlich an den Dekan oder die Dekanin ein Antrag auf Zulassung als Promotionsstudent bzw. Promotionsstudentin zu stellen.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

- der Nachweis über das Vorliegen der in § 6 gegebenenfalls in Verbindung mit §§ 7 bis 9 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
- der Lebenslauf des Kandidaten oder der Kandidatin,
- die Bereitschaftserklärung eines Hochschullehrers oder einer Hochschullehrerin der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät oder eines Betreuergremiums die Arbeit zu betreuen,
- die Angabe des gewählten Promotionsgebietes.

(3) Mit dem Zugang der positiven Entscheidung über die Zulassung als Promotionsstudent bzw. Promotionsstudentin durch die Dekanin oder den Dekan beginnt die Promotionszeit.

II. ZULASSUNG ZUM DOKTOREXAMEN, RÜCKTRITT

§ 6 Voraussetzungen für die Zulassung zum Doktorexamen

(1) Voraussetzung für die Zulassung zum Doktorexamen ist eine an einer wissenschaftlichen Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes mindestens mit der Gesamtnote „Gut“ in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang bestandene Hochschulprüfung (Diplom, Master oder vergleichbar). Von der Voraussetzung der Note „Gut“ kann der Promotionsrat Ausnahmen zulassen. Der Kandidat oder die Kandidatin kann Feststellungen zu den in dieser Ordnung genannten Voraussetzungen bereits mit Beginn der Betreuung der Promotion beim Promotionsrat beantragen.

(2) Abweichend von Abs. 1 können nach Maßgabe der §§ 7 bis 9 auch Absolventen oder Absolventinnen ausländischer Hochschulen, Absolventen oder Absolventinnen fachverwandter Studiengänge sowie entsprechend befähigte Fachhochschulabsolventen oder -absolventinnen zum Doktorexamen zugelassen werden.

§ 7 Zulassungsvoraussetzung von Absolventen oder Absolventinnen ausländischer Hochschulen

(1) Absolventen oder Absolventinnen von wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Hochschulrahmengesetzes werden zum Doktorexamen zugelassen, sofern die Gleichwertigkeit mit einer Diplomprüfung gemäß § 6 Abs. 1 festgestellt wird. Bei der Feststellung der Gleichwertigkeit sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen zu beachten. Hinsichtlich der Gesamtnote der Abschlussprüfung gelten § 6 Abs. 1 Satz 1 und 2 entsprechend. Die Gleichwertigkeit ist durch eine Bestätigung der Studienabteilung zu belegen.

(2) Über die Gleichwertigkeit einer ausländischen Abschlussprüfung gemäß Abs. 1 entscheidet endgültig der Promotionsrat. Der Promotionsrat kann die Anerkennung der Gleichwertigkeit vom Erbringen qualifizierter Leistungsnachweise des Hauptstudiums oder von der erfolgreichen Ablegung mündlicher Prüfungen in einzelnen Gebieten abhängig machen.

§ 8 Zulassungsvoraussetzung von Absolventen oder Absolventinnen anderer Studiengänge

(1) Absolventen oder Absolventinnen von Abschlussprüfungen anderer Studiengänge an wissenschaftlichen Hochschulen im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes können ebenfalls zur Promotion zugelassen werden, sofern das Fachgebiet einen Bezug zur Wirtschaftswissenschaft aufweist. Hinsichtlich der Gesamtnote der Abschlussprüfung gelten § 6 Abs. 1 Sätze 1 und 2 entsprechend. Für die Absolventen oder Absolventinnen von Abschlussprüfungen anderer Studiengänge an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Hochschulrahmengesetzes ist § 7 entsprechend anzuwenden.

(2) Über die Zulassung von Absolventen oder Absolventinnen anderer Studiengänge gemäß Abs. 1 entscheidet der Promotionsrat. Der Promotionsrat kann die Zulassung vom Erbringen qualifizierter Leistungsnachweise des Hauptstudiums oder von der erfolgreichen Ablegung mündlicher Prüfungen in einzelnen Gebieten abhängig machen.

§ 9 Zulassungsvoraussetzung von Fachhochschulabsolventen oder -absolventinnen

Fachhochschulabsolventen oder -absolventinnen mit der Abschlussnote "Sehr gut" können zum Promotionsverfahren zugelassen werden, wenn ihre Qualifikation in Volkswirtschaftslehre oder Betriebswirtschaftslehre gewährleistet ist. In einer Feststellungsprüfung wird geprüft, ob der Kandidat oder die Kandidatin die in diesem Prüfungsfach für das Promotionsfach zu fordernden Kenntnisse besitzt. Über die Zulassung zum Promotionsverfahren und die Durchführung der Feststellungsprüfung entscheidet der Promotionsrat.

§ 10 Zulassung zum Doktorexamen

(1) Der formlose Antrag auf Zulassung zum Doktorexamen ist nach Abschluss der Dissertation schriftlich an den Dekan oder die Dekanin zu richten. Der Antrag enthält den genauen Titel und das Gebiet der Dissertation. Dem Antrag sind beizufügen:

- der Lebenslauf des Kandidaten oder der Kandidatin,
- die Dissertation in fünf vollständigen und reproduktionsfähigen Exemplaren,
- eine Erklärung darüber, ob, wann, wo und mit welchem Erfolg der Kandidat oder die Kandidatin sich schon einem Doktorexamen unterzogen hat und ob die vorgelegte Dissertation bereits einer anderen Fakultät oder einem ihrer Mitglieder vorgelegen hat.
- ggf. Immatrikulationsbescheinigungen als Promotionsstudent bzw. Promotionsstudentin

(2) Die Zulassung zum Doktorexamen setzt die Anmeldung als Promotionsstudent oder als Promotionsstudentin an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin gem. § 5 sowie die Betreuung

der Dissertation durch einen Hochschullehrer bzw. eine Hochschullehrerin der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät oder ein Gremium (s. § 12) voraus. Die Zulassung setzt ferner die Erbringung der in § 12 Abs. 4 und Abs. 5 genannten Leistungen voraus.

(3) Über die Anmeldung zum Doktorexamen entscheidet der Dekan oder die Dekanin, gegebenenfalls nach Befragung des Promotionsrates.

(4) Die Anmeldung zum Doktorexamen zu versagen, wenn

- die im §§ 5 und 6 sowie gegebenenfalls in Verbindung mit §§ 7 bis 9 genannten Zulassungsvoraussetzungen zum Doktorexamen nicht erfüllt sind oder
- die Unterlagen gemäß Abs. 1 unvollständig sind oder
- die in Abs. 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
- der Kandidat bzw. die Kandidatin sich ohne Erfolg schon einem anderen wirtschaftswissenschaftlichen Doktorexamen unterzogen hat oder
- die Dissertation bereits einer anderen Fakultät oder einem ihrer Mitglieder vorgelegen hat und nicht angenommen worden ist.

§ 11 Rücktritt vom Doktorexamen

(1) Ein Kandidat oder eine Kandidatin kann vom Doktorexamen zurücktreten, solange noch kein Gutachten über die Dissertation beim Dekan oder bei der Dekanin vorliegt. Der Rücktritt erfolgt durch eine schriftliche Erklärung des Kandidaten oder der Kandidatin an den Dekan oder die Dekanin.

(2) Tritt ein Kandidat oder eine Kandidatin vom Doktorexamen zurück, so erhält er oder sie alle eingereichten Unterlagen zurück.

III. DISSERTATION

§ 12 Bearbeitung und Betreuung der Dissertation

(1) Die Dissertation wird von einem Hochschullehrer bzw. einer Hochschullehrerin der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät oder einem Betreuerergremium, von dem mindestens ein/e Hochschullehrer/In Mitglied der Fakultät sein muss, betreut. Ein Betreuungsverhältnis mit einem Kandidaten bzw. einer Kandidatin ist zu begründen, wenn die Dissertation ein Gebiet betrifft, das an der Fakultät planmäßig durch einen Hochschullehrer bzw. einer Hochschullehrerin vertreten ist, der Hochschullehrer bzw. die Hochschullehrerin über entsprechende freie Kapazitäten verfügt und das Dissertationsvorhaben nicht von vornherein aussichtslos erscheint.

(2) Das Betreuungsverhältnis beginnt mit einer schriftlichen Erklärung des Betreuers, der Betreuerin oder des Betreuerergremiums gegenüber dem Dekan oder der Dekanin. Mit dieser Erklärung verpflichtet sich der Betreuer die Betreuerin oder das Betreuerergremium, dem Kandidaten oder der Kandidatin angemessen zur Beratung und Besprechung des Dissertationsvorhabens zur Verfügung zu stehen.

(3) Die Verpflichtung des Betreuers, der Betreuerin oder des Betreuerergremiums endet drei Jahre nach dem Beginn des Betreuungsverhältnisses, wenn die Dissertation in-

nerhalb dieser Frist nicht abgeschlossen worden ist und die Verzögerung nicht vom Betreuer oder von der Betreuerin oder dem Betreuerergremium zu vertreten ist.

(4) Während der Bearbeitung der Dissertation ist der Kandidat oder die Kandidatin verpflichtet, das Untersuchungskonzept, die Methoden und die angestrebten Ergebnisse seiner oder ihrer Dissertation im Rahmen eines Seminars oder Kolloquiums zur Diskussion zu stellen.

(5) Des Weiteren hat der Kandidat oder die Kandidatin einen Leistungsnachweis zu erbringen. Hierzu ist im Rahmen einer Hauptseminarveranstaltung eine Thematik, die über die Dissertationsproblematik hinausgeht, zu diskutieren. Der Fortgang des Promotionsverfahrens setzt eine Bewertung durch den Betreuer oder die Betreuerin zumindest mit „Gut“ voraus, wobei das Anspruchsniveau des Hauptstudiums zugrunde zu legen ist. Von der Voraussetzung des Leistungsnachweises sind an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät tätige wissenschaftliche Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen befreit; im Übrigen kann der Promotionsrat hiervon im Einzelfall befreien.

(6) Eine gemeinsame Betreuung der Dissertation durch einen Hochschullehrer oder eine Hochschullehrerin der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und einen Professor oder eine Professorin einer Fachhochschule ist möglich.

§ 13 Formale Anforderungen an die Dissertation

(1) Die Dissertation muss einen Gegenstand aus einem Gebiet der Wirtschaftswissenschaft behandeln und eine nach Form und Inhalt beachtenswerte eigenständige wissenschaftliche Leistung des Kandidaten oder der Kandidatin darstellen, die seine oder ihre Fähigkeit zu selbständiger Forschungstätigkeit nachweist. Sie kann auf mehreren Einzelarbeiten beruhen und aus einer Forschungsarbeit mit Dritten entstanden sein.

(2) Zitate aus der Literatur und entlehnte Gedanken sind als solche mit genauer Quellenangabe kenntlich zu machen.

(3) Die Dissertation kann in deutscher oder englischer Sprache verfasst sein; in anderen Sprachen verfasste Arbeiten können mit Zustimmung des Dekans oder der Dekanin eingereicht werden. Die Zustimmung ist davon abhängig zu machen, ob bei der gewählten Sprache die Beurteilung der Promotionsleistungen durch die Promotionskommission gesichert ist.

(4) In einem der Dissertation beizulegenden besonderen Schriftstück hat der Bewerber oder die Bewerberin anzugeben, ob er oder sie außer der angeführten Literatur weitere Hilfsmittel benutzt hat und ob und von wem er oder sie Hilfe empfangen hat. Am Schluss dieses Schriftstückes ist wörtlich die Erklärung abzugeben: "Ich bezeuge durch meine Unterschrift, dass meine Angaben über die bei der Abfassung meiner Dissertation benutzten Hilfsmittel, über die mir zuteil gewordene Hilfe sowie über frühere Begutachtungen meiner Dissertation in jeder Hinsicht der Wahrheit entsprechen."

§ 14 Begutachtung der Dissertation

(1) Wird der Bewerber oder die Bewerberin zum Doktor-examen zugelassen, so bestellt der Dekan oder die Dekanin nach Anhörung des Bewerbers oder der Bewerberin mindestens zwei Gutachter oder Gutachterinnen, aus dem Kreis der hauptberuflichen Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen der Fakultät oder der Prüfer oder Prüferinnen gemäß § 3 Abs. 3.

(2) Erstgutachter ist in der Regel der Hauptbetreuer oder die Hauptbetreuerin der Dissertation gemäß § 12 Abs. 1.

(3) Die Gutachter/innen erstatten dem Dekan oder der Dekanin innerhalb von vier Monaten Bericht über die Dissertation und schlagen ggf. mit einer Note nach § 19 Abs. 2 vor, ob die Dissertation angenommen oder abgelehnt werden soll. Die Gutachter/innen können Auflagen erteilen, die vor der Veröffentlichung zu erfüllen sind.

(4) Die Dissertation und die Gutachten liegen vierzehn Tage während der Vorlesungszeit bzw. vier Wochen während der vorlesungsfreien Zeit im Dekanat zur Einsicht und ggf. Stellungnahme durch die hauptberuflichen Hochschullehrer bzw. Hochschullehrerinnen der Fakultät sowie die übrigen Mitglieder der Promotionskommission gem. § 15 aus. Das Dekanat informiert schriftlich über die Auslagefrist.

§ 15 Promotionskommission

(1) Der Dekan oder die Dekanin setzt eine Promotionskommission zur weiteren Durchführung des Doktorexamens ein. Die vom Dekan oder von der Dekanin nach § 14 Abs. 1 bestellten Gutachter sind Mitglieder der Promotionskommission.

(2) Die Promotionskommission besteht insgesamt aus wenigstens drei Hochschullehrern bzw. Hochschullehrerinnen der Fakultät oder Prüfern bzw. Prüferinnen gemäß § 3 Abs. 3 sowie einem bzw. einer promovierten akademischen Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterin. Die Zusammensetzung der Kommission muss gewährleisten, dass die hauptberuflichen Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen der Fakultät die Mehrheit der Sitze haben. Bei einer grenzüberschreitenden Ko-Betreuung einer Promotion (Co-tutelle de thèse) mit einer französischen Universität besteht die Promotionskommission insgesamt aus wenigstens vier Hochschullehrer bzw. Hochschullehrerinnen der Fakultät oder einer französischen Partneruniversität oder aus Prüfern bzw. Prüferinnen gemäß § 3 Abs. 3. Die Zusammensetzung der Kommission muss gewährleisten, dass die hauptberuflichen Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen der Fakultät und der französischen Partneruniversität jeweils in der gleichen Anzahl vertreten sind und die Mehrheit der Sitze haben. Im Übrigen gelten ergänzend die Regelungen der jeweiligen Co-Betreuungsabkommen.

(3) Diejenigen Angehörigen der Fakultät, die gemäß § 14 Abs. 4 ebenfalls zur Dissertation Stellung genommen haben, sind vom Dekan oder von der Dekanin zusätzlich als Mitglieder der Promotionskommission ohne Stimmrecht nach § 18 Abs. 2 einzusetzen.

(4) Den Vorsitz in der Promotionskommission führt der Dekan bzw. die Dekanin oder ein bzw. eine von diesem bzw. dieser benannter Vertreter bzw. benannte Vertreterin. Ein nach § 14 Abs. 1 eingesetzter Gutachter soll nicht

als Vorsitzender bzw. Vorsitzende bestimmt werden. Bei einer grenzüberschreitenden Ko-Betreuung einer Promotion (Co-tutelle de thèse) mit einer französischen Universität wählen die Mitglieder der Promotionskommission aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden bzw. eine Vorsitzende, deren bzw. dessen Stimme im Falle der Stimmgleichheit ausschlaggebend ist.

(5) Die Sitzungen der Promotionskommission sind nicht öffentlich.

§ 16 Beteiligung des Promotionsrates

(1) Bei widersprüchlichen Gutachten und Stellungnahmen entscheidet der Promotionsrat (§ 3) mit einfacher Mehrheit über die Annahme der Arbeit, gegebenenfalls nach Einholung eines weiteren Gutachtens.

(2) Wird die Dissertation nicht angenommen, so erklärt der Promotionsrat das Doktorexamen für nicht bestanden, ohne dass noch ein Kolloquium stattfindet.

(3) Nach der Entscheidung über die Annahme der Dissertation erhält der Kandidat oder die Kandidatin oder eine durch ihn bzw. sie bevollmächtigte Person Einsicht in die Gutachten und nach § 14 Abs. 4 Satz 2 abgegebenen Stellungnahmen.

IV. KOLLOQUIUM

§ 17 Einladung zum Kolloquium

(1) Wenn alle Gutachten sowie etwaige weitere Stellungnahmen gemäß § 14 Abs. 4 einstimmig die Annahme der Dissertation empfehlen oder wenn der Promotionsrat gemäß § 16 Abs. 1 die Dissertation angenommen hat, lädt der oder die Vorsitzende der Promotionskommission den Kandidaten oder die Kandidatin zum Kolloquium ein.

(2) Zwischen dem Ende der Einsichtsfrist gemäß § 14 Abs. 4 Satz 1 bzw. der Entscheidung durch den Promotionsrat gemäß § 16 Abs. 1 und dem Kolloquium sollen nicht mehr als drei Monate (ungerechnet die Semesterferien) verstreichen.

(3) Der Kandidat oder die Kandidatin hat den Empfang der Einladung dem oder der Vorsitzenden der Promotionskommission schriftlich zu bestätigen. Auf begründeten Antrag des Kandidaten oder der Kandidatin kann das Kolloquium verschoben werden, doch ist eine Überschreitung der in Abs. 2 gesetzten Frist nur in Ausnahmefällen mit Zustimmung des Dekans oder der Dekanin gestattet. Der Kandidat oder die Kandidatin oder eine durch ihn bzw. sie bevollmächtigte Person ist berechtigt Einsicht in die Gutachten sowie etwaige weitere Stellungnahmen gemäß § 14 Abs. 4 zu nehmen.

§ 18 Durchführung des Kolloquiums

(1) Das Kolloquium soll zeigen, dass der Kandidat oder die Kandidatin die in der Dissertation entwickelten Erkenntnisse in einer wissenschaftlichen Diskussion begründen und verteidigen kann und dass er oder sie diese Erkenntnisse im Rahmen des Fachgebietes insgesamt einordnen kann. Grundlage der Diskussion bildet ein Vortrag über Thesen, die der Kandidat oder die Kandidatin den Mitgliedern der Promotionskommission wenigstens zehn Tage vor dem Kolloquium schriftlich zur Kenntnis zu

bringen hat. Das Kolloquium kann über das Gebiet der Dissertation hinausgehen.

(2) Das Kolloquium wird vom oder von der Vorsitzenden der Promotionskommission geleitet. Alle Mitglieder der Promotionskommission nehmen an ihm als Prüfer oder Prüferinnen teil. Bei dauerhafter Verhinderung eines Mitglieds nach § 15 Absätze 1 oder 2 bestimmt der Dekan oder die Dekanin einen Vertreter; bei dauerhafter Verhinderung eines Mitglieds nach § 15 Abs. 3 stellt der Dekan oder die Dekanin dessen Ausscheiden fest.

(3) Das Kolloquium ist universitätsöffentlich, es sei denn, dass der Kandidat oder die Kandidatin widerspricht. Der oder die Vorsitzende der Promotionskommission soll im beschränkten Umfang auch Fragen von Nichtmitgliedern der Promotionskommission zulassen. Die Gutachten zur Dissertation sollen von den Gutachtern oder Gutachterinnen oder von der Promotionskommission in das Kolloquium einbezogen werden.

(4) Das Kolloquium soll wenigstens 1 Stunde dauern; davon soll der Vortrag höchstens ½ Stunde einnehmen. Das Kolloquium findet in der Regel in deutscher Sprache statt.

(5) Die wesentlichen Gegenstände des Kolloquiums sind zu protokollieren. Das Protokoll wird zu den Promotionsakten genommen.

(6) Versäumt der Kandidat oder die Kandidatin das Kolloquium ohne angemessene Entschuldigung, so gilt das Doktorexamen als nach dem Kolloquium nicht bestanden.

V. Abschluss des Verfahrens

§ 19 Abschluss des Doktorexamens

(1) Nach Abschluss des Kolloquiums stellt die Promotionskommission die Annahme der Dissertation fest und beschließt, ob das Doktorexamen bestanden ist und wie die Leistung des Kandidaten oder der Kandidatin im Doktorexamen (Dissertation und Kolloquium) zu bewerten ist.

(2) Ist das Doktorexamen bestanden, so wird für die Bewertung der Leistung eine der folgenden Noten festgesetzt

- | | | |
|-------------------|--------------------|-----|
| - summa cum laude | (mit Auszeichnung) | (0) |
| - magna cum laude | (sehr gut) | (1) |
| - cum laude | (gut) | (2) |
| - rite | (genügend) | (3) |

Grundlage der Bewertung sind sowohl die Dissertation als auch das Kolloquium, wobei die Dissertation doppelt gewichtet wird.

(3) Ist das Doktorexamen bestanden, so erhält der Kandidat oder die Kandidatin ein Zwischenzeugnis nach dem Muster der Anlage 2, aus dem die Note des Doktorexamens hervorgeht.

(4) Die vom Kandidaten oder von der Kandidatin gemäß §§ 5 und 10 eingereichten Unterlagen, die Gutachten über die Dissertation und das Protokoll des Kolloquiums verbleiben nach dem Abschluss des Doktorexamens bei der Fakultät. Der Kandidat oder die Kandidatin oder eine durch ihn bzw. sie bevollmächtigte Person ist berechtigt Einsicht in diese Unterlagen zu nehmen.

(5) Gegen die Bewertungsentscheidungen ist das Gegenstellungsverfahren gem. § 38 der Allgemeinen Satzung für Studien- und Prüfungsangelegenheiten der Humboldt-Universität zu Berlin (Amtliches Mitteilungsblatt der HU Nr. 01/2007) zulässig.

§ 20 Wiederholung des Doktorexamens

(1) Ist das Doktorexamen nach dem Kolloquium nicht bestanden, so kann das Kolloquium einmal, frühestens nach drei Monaten, spätestens nach einem Jahr, wiederholt werden. In begründeten Ausnahmefällen kann der Dekan oder die Dekanin eine Abweichung von diesen Fristen genehmigen.

(2) Ist das Doktorexamen gemäß § 16 Abs. 2 ohne Kolloquium allein aufgrund der Dissertation nicht bestanden, so ist eine Wiederholung des Doktorexamens ausgeschlossen.

§ 21 Verpflichtung zur Veröffentlichung der Dissertation

(1) Der Kandidat oder die Kandidatin ist verpflichtet, die Dissertation in der von der Promotionskommission genehmigten Form in angemessener Weise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit durch Vervielfältigung und Verbreitung zugänglich zu machen. Diese Verpflichtung gilt als erfüllt, wenn der Kandidat oder die Kandidatin zusätzlich zu den nach § 10 erforderlichen Exemplaren unentgeltlich an die Universitätsbibliothek abliefern:

- entweder 80 Exemplare in Buch- oder Fotodruck zum Zweck der Verbreitung;
- oder 3 Exemplare, wenn die Veröffentlichung in einer wissenschaftlichen Zeitschrift erfolgt;
- oder 3 Exemplare, wenn ein gewerblicher Verleger die Verbreitung über den Buchhandel übernimmt, eine Mindestauflage von 150 Exemplaren nachgewiesen wird und die Veröffentlichung als Dissertation an der Humboldt-Universität zu Berlin kenntlich ist;
- oder 3 Exemplare in kopierfähiger Maschinenschrift zusammen mit der Mutterkopie und 40 weiteren Kopien in Form von Mikrofiches; in diesem Fall überträgt der Kandidat oder die Kandidatin der Humboldt-Universität das Recht, weitere Kopien seiner oder ihrer Dissertation in Form von Mikrofiches herzustellen und zu verbreiten sowie eine vom Betreuer oder der Betreuerin der Dissertation (§ 12) genehmigte Zusammenfassung der Dissertation im Umfang von bis zu einer Seite zu veröffentlichen.
- Zusätzlich gilt auch die Ablieferung von vier vollständigen Exemplaren, die auf alterungsbeständigem, holz- und säurefreiem Papier ausgedruckt und dauerhaft haltbar sind, sowie einer elektronischen Version, deren Dateiformat und Datenträger mit der Universitätsbibliothek abzustimmen sind, als Erfüllung der Pflicht zur Veröffentlichung und Verbreitung der Dissertation.

Die Publikation muss ein Abstract in deutscher und englischer Sprache enthalten. Der Doktorand oder die Doktorandin überträgt der Humboldt-Universität, der DDB (Die Deutsche Bibliothek) in Frankfurt/Leipzig und ggf. der DFG-Sondersammelgebietsbibliothek das Recht, die elektronische Version in Datenbanken zu veröffentlichen und versichert, dass die elektronische Version der angenommenen Dissertation entspricht. Die Universitätsbibliothek überprüft die abgelieferte Version auf Lesbarkeit und

Übereinstimmung mit den geforderten Vorgaben. Die Abgabe von Dateien, die den geforderten Vorgaben hinsichtlich Dateiformat und Datenträger nicht entsprechen, gilt nicht als Veröffentlichung.

(2) Die Promotionskommission kann Änderungen und Kürzungen an dem von ihr angenommenen Text (§ 19) sowohl verlangen als auch gestatten und in begründeten Ausnahmefällen Teildrucke in verschiedenen wissenschaftlichen Organen genehmigen. Vor der Vervielfältigung der Dissertation hat der Kandidat oder die Kandidatin die Genehmigung der zu veröffentlichenden Textfassung durch die Promotionskommission einzuholen. Die Promotionskommission kann vorsehen, dass die Genehmigung vom Dekan oder von der Dekanin nach Rücksprache mit den Gutachtern oder Gutachterinnen erteilt wird.

(3) Das Titelblatt der Dissertation und dessen Rückseite ist nach dem Muster der Anlage 1 zu gestalten.

(4) Wird ein Gutachter oder eine Gutachterin in dem Falle, dass er oder sie die Ablehnung der Dissertation vorgeschlagen hat, überstimmt, so kann er oder sie verlangen, dass sein oder ihr Name in der veröffentlichten Dissertation nicht angegeben wird.

§ 22 Ablieferungsfrist

(1) Die Frist für die Vervielfältigung und Verbreitung der Dissertation gemäß § 21 beträgt ein Jahr vom Tage des Kolloquiums an. Kann diese Frist nicht eingehalten werden, so kann der Dekan oder die Dekanin auf einen begründeten Antrag des Kandidaten oder der Kandidatin die Frist einmalig um ein weiteres Jahr verlängern. Die Frist gilt als eingehalten, wenn der Kandidat oder die Kandidatin einen Verlagsvertrag über die alsbaldige Veröffentlichung der Dissertation vorlegt.

(2) Kommt der Kandidat oder die Kandidatin der Ablieferungspflicht nicht innerhalb der gesetzten Frist nach, so verliert er oder sie alle durch das Doktorexamen erworbenen Rechte.

§ 23 Promotion

(1) Hat der Kandidat oder die Kandidatin das Doktorexamen bestanden und die Pflichtexemplare abgeliefert, so vollzieht der Dekan oder die Dekanin die Promotion durch Aushändigung oder Zusendung der Promotionsurkunde. Als Zeitpunkt der Promotion gilt dann der Tag des Kolloquiums.

(2) Die Promotionsurkunde enthält nach dem Muster der Anlage 3 den Titel der Dissertation, das Datum des Kolloquiums und die Gesamtnote des Doktorexamens. Sie wird vom Präsidenten oder von der Präsidentin der Humboldt-Universität und vom Dekan oder von der Dekanin der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ausgefertigt und mit dem Siegel der Universität versehen. Eine Zweitschrift der Urkunde ist zu den Fakultätsakten zu nehmen.

(3) Bei einer grenzüberschreitenden Ko-Betreuung einer Promotion (Co-tutelle de thèse) mit einer französischen Universität stellen die beteiligten Hochschulen gemeinsam eine zweisprachige Urkunde nach dem Muster der Anlage 4 aus, die von den beteiligten Hochschulen unterschrieben wird. Diese Urkunde enthält den Hinweis, dass

sie nur in Verbindung mit der französischen Promotionsurkunde gültig ist. Der Promovierte hat das Recht, den Doktorgrad entweder in der deutschen oder französischen Form zu führen. Im Übrigen gelten ergänzend die Regelungen der jeweiligen Co-Betreuungsabkommen.

(4) Der Dokortitel darf erst nach der Aushändigung oder Zusendung der Promotionsurkunde geführt werden.

§ 24 Ungültigkeit des Doktorexamens, Aberkennung des Doktorgrades

(1) Ergibt sich vor der Aushändigung oder Zusendung der Promotionsurkunde, dass der Kandidat oder die Kandidatin hinsichtlich der Voraussetzungen für die Anmeldung zum Doktorexamen eine Täuschung begangen hat, so kann der Promotionsrat das Doktorexamen für ungültig erklären.

(2) Die Aberkennung des Doktorgrades erfolgt nach den hierfür geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

VI. Sonstige Promotionen

§ 25 Promotionsprogramme

Für kooperative, fakultätsübergreifende oder interdisziplinäre Promotionen im Rahmen von strukturierten Promotionsprogrammen kann jeweils eine gesonderte schriftliche Vereinbarung zwischen der Fakultät und dem jeweiligen Programm geschlossen werden, die in Einzelpunkten von der Promotionsordnung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät abweichen kann. Voraussetzung ist die Annahme bzw. Zulassung als Doktorand gem. § 5 der vorliegenden Promotionsordnung.

§ 26 Ehrenpromotion

Auf Antrag des Dekans bzw. der Dekanin oder zweier hauptberuflicher Professoren bzw. Professorinnen der Fakultät verleiht die Fakultät den Grad eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft ehrenhalber. Hierfür ist die Zustimmung von jeweils 2/3 der ordnungsgemäßen Mitglieder des Fakultätsrats und des Promotionsrates erforderlich. Der Beschluss über die Verleihung der Ehrenpromotion ist dem Akademischen Senat zur Entscheidung zuzuleiten.

VII. SCHLUSSBESTIMMUNG

§ 27 Inkrafttreten

(1) Diese Promotionsordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im *Amtlichen Mitteilungsblatt der Humboldt-Universität zu Berlin* in Kraft. Zugleich tritt die Promotionsordnung vom 28.7.2005 (Amtliches Mitteilungsblatt Nr. 30/2005) außer Kraft.

(2) Der Präsident bzw. die Präsidentin wird ermächtigt, die letzte Fassung der Promotionsordnung im Amtlichen Mitteilungsblatt neu bekannt zu geben.

Anlage 1 Muster für das Titelblatt der Dissertation

Titel der Arbeit

D I S S E R T A T I O N

zur Erlangung des akademischen Grades
doctor rerum politicarum
(Doktor der Wirtschaftswissenschaft)

eingereicht an der

Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Humboldt-Universität zu Berlin

von

(akademischer Grad, Vorname, Name, Geburtsname)
(Geburtsdatum, Geburtsort)

Präsident/Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin:

Prof. Dr. _____

Dekan/Dekanin der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät:

Prof. Dr. _____

Gutachter/Gutachterin:

1. _____
2. _____

Tag des Kolloquiums: _____

Anlage 2 Muster für das Zwischenzeugnis

Humboldt-Universität zu Berlin
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
- Der Dekan / die Dekanin –

Z W I S C H E N Z E U G N I S

Frau/Herr _____

geb. am: _____

in: _____

hat sich an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät einem ordnungsgemäßen
Promotionsverfahren nach der Promotionsordnung vom _____ unterzogen und dabei die
Note:

erzielt.

Tag des Kolloquiums: _____

Titel der Dissertation: _____

Nur die Promotionsurkunde berechtigt zur Führung des Dokortitels.

Berlin, den _____

Prof. Dr.

Anlage 3 Muster für die Promotionsurkunde

HUMBOLDT – UNIVERSITÄT ZU BERLIN

URKUNDE

Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

der Humboldt-Universität zu Berlin

verleiht

Frau/Herrn (akademischer Grad)

geb.am _____ in _____

den akademischen Grad

doctor rerum politicarum

(Doktor der Wirtschaftswissenschaft)

nachdem sie ihre/er seine wissenschaftliche Befähigung

auf dem Gebiet (Promotionsfach)

nachgewiesen hat.

Thema der Dissertation

Das Kolloquium fand am _____ statt.

Das Promotionsverfahren ist seit dem (Datum der Veröffentlichung) nach der Promotionsordnung erfolgreich abgeschlossen.

Für das Doktorexamen wurde die Gesamtnote _____ erteilt.

Berlin, den _____

Präsident/Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin _____

Dekan/Dekanin der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät _____

Siegel
der Universität

Anlage 4 Muster einer Urkunde für eine Promotion im Rahmen eines gemeinsamen Betreuungsverfahrens (Thèse de co-tutelle)

Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität
zu Berlin
und
die Fakultät (*Name der Fakultät*)
der Universität (*Name der französischen Universität*)

verleihen gemeinsam

Herrn / Frau (*akademischer Grad*)
geb. am (*Datum*) in (*Ort*)

den akademischen Grad

doctor rerum politicarum
(Doktor der Wirtschaftswissenschaften)
Dr. rer. pol.

Er/Sie hat sich in einem ordnungsgemäßen, gemeinsam von den beiden Fakultäten betreuten Promotionsverfahren durch die mit (*Note/Prädikat*) beurteilte Dissertation zum Thema

(*Titel der Dissertation*)

sowie in einer am (*Datum*) abgehaltenen mündlichen Prüfung auf dem Gebiet der (*Fachgebiet*)

seine / ihre wissenschaftliche Befähigung erwiesen und dabei das Gesamturteil (*Note/Bewertung*) erhalten

Das Promotionsverfahren ist seit dem (Datum der Veröffentlichung) nach der Promotionsordnung erfolgreich abgeschlossen.

Ort, Datum

Dekan
der Wirtschaftswissenschaftlichen
Fakultät

Dekan der franz. Fakultät

(*Siegel dt. Univ.*)

(*Siegel frz. Univ.*)

Herr / Frau (*Name*) hat das Recht, den Doktorgrad entweder in der deutschen oder französischen Form zu führen. In Klammern können die Namen der beiden Universitäten, die das Promotionsverfahren betreut haben, hinzugefügt werden.

Dieser Doktorgrad bedarf zur Führung in der Bundesrepublik Deutschland keiner weiteren staatlichen Genehmigung. Diese Urkunde gilt nur in Verbindung mit der Promotionsurkunde des französischen Erziehungsministeriums Nr. _____ vom _____